

Übung: Ein Prozess zur Pressefreiheit in Israel, verhandelt vor dem Obersten Gericht Israels während der Zweiten Intifada

Klagegrund: Das Pressebüro der israelischen Regierung beschließt Ende 2001, palästinensischen Journalisten, die Bewohner des Westjordanlands bzw. von Judäa und Samaria (jüdische Bezeichnung der gleichen Region) sind, von Januar 2002 an aus Sicherheitsgründen keinen Presseausweis mehr auszustellen, der sie zur Teilnahme an Pressekonferenzen der Regierung berechtigt und noch gültige Presseausweise nicht weiter zu verlängern.

Kläger:



Rollenspiel: Die Beteiligten in der Diskussion

- 1) **Ahmed Saif**
Palästinensischer Journalist, der in der Westbank lebt und ein israelisches Arbeitsvisum besitzt.
- 2) **Tehilla Friedman**
Vertreterin einer israelischen Organisation, die sich um Terroropfer im Zuge der 2. Intifada kümmert.
- 3) **Paul Holmes**
Vertreter einer internationalen Nachrichtenagentur (Reuters), die Ahmad Saif und weitere Journalisten aus dem Westjordanland beschäftigt.
- 4) **Daniel Seaman**
Vertreter des staatlichen israelischen Presseamtes, das über die Ausgabe von israelischen Presseausweisen entscheidet.

Aufgabenstellung:

1. Lesen Sie bitte die Argumentationshilfe für die Rolle, die Sie einnehmen.
2. Ziehen Sie für Ihre Argumentation die Grundgesetze und Ihr Rechtsempfinden zu Rate. Welche Bürgerrechte aus den Grundgesetzen unterstützen Ihre Position?

Argumentationshilfe 4: Daniel Seaman

Vita

- Vertreter des staatlichen israelischen Presseamtes (Government Press Office, GPO).
- Das GPO entscheidet über die Ausstellung von israelischen Presseausweisen.
- Koordinationsstelle zwischen der israelischen Regierung, der israelischen Armee und der Presse, Anlaufstelle für ausländische Journalisten (Vertreter sprechen Hebräisch, Arabisch, Englisch und Russisch).
- Schreibt Pressezusammenfassungen von ausländischen Artikeln über Israel für die Regierungsstelle.
- Presseausweis berechtigt zum Zugang von Pressekonferenzen der Regierung, von Ministerien und Gerichtsverhandlungen.
- Presseausweis dient nicht als Arbeitserlaubnis; journalistische Tätigkeit ist auch ohne Presseausweis möglich (ohne oben genannte Berechtigungen).

Problem

- 2001 verweigert das GPO die weitere Akkreditierung des palästinensischen Journalisten von *Reuters*, der in der Westbank lebt.
- GPO: Journalist stellt Sicherheitsrisiko da.
- GPO steht nun durch Anhörung vor dem Obersten Gericht und zwei Petitionen/Klagen in der Kritik (neben Reuters klagt der qatarische Sender al-Djaseera).

Mögliche Argumentationslinie

- Von Journalisten geht eine besondere Gefahr aus, da sie privilegierten Zugang zu hochsensiblen Bereichen haben.
- Sogar Lobpreisungen von Selbstmordattentaten und Terroranschlägen lassen sich in Berichten palästinensischer Journalisten finden.
- Geheimhaltung bestimmter Themen im Kriegsfall: palästinensischer Gegner soll keinen tiefgreifenden Einblick in das Vorgehen der israelischen Regierung erhalten.
- Sicherheitsrisiko bei palästinensischen Journalisten erfordert aufwändige Sicherheitschecks und zusätzlichen Schutz bei Pressekonferenzen.
- Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) benutzt bestimmte Journalisten, um falsche Behauptungen in die Welt zu setzen.
- Palästinensische Journalisten haben in der Intifada selbst Proteste initiiert und auch inszeniert, vielleicht sogar auf Geheiß der PA.
- Die israelische Regierung verdächtigt zu Recht die Bewohner der Westbank, ein Sicherheitsrisiko zu sein, viele Selbstmordattentäter stammen von dort.
- Saif ist Teil der antiisraelischen Propagandamaschinerie, seitdem er in der Vergangenheit Führer der Terrororganisation Hamas interviewt und ihnen dadurch eine Plattform geboten hat.